

Neujahrsgrußbotschaft

www.vin-rissen.de

Hamburg, den 01.01.2016

Liebe Unterstützer von VIN Rissen,

der Jahreswechsel ist traditionell der Zeitpunkt, an dem man auf das alte Jahr zurückblickt und einen ersten Blick in die Zukunft wagt.

Wo befinden wir uns aktuell in Hamburg und in Rissen?

Wie Sie bereits den Pressestimmen und Blogbeiträge auf VIN-Rissen.de der letzten Tage verfolgen konnten, zeichnet sich zunehmend ein klares Bild ab:

Das Agieren des rot/grünen Senats ist gekennzeichnet durch Überforderung, Durchregieren, Selbstherrlichkeit.

Argumente, Warnungen aus den Reihen der Opposition, der Bürgerinitiativen, des Deutschen Städtetags (s. Pressespiegel v. 18.12.15), von namhaften Wissenschaftlern, wie bspw, des Soziologen Prof. Dr. Jürgen Friedrichs, man möge nicht die Fehler der 50 er Jahre wiederholen, werden in den Wind geschlagen. Zeitliche, personelle Kapazitäten erlauben es angeblich nicht, nach Alternativen zum Senatskonzept (800 WE in Rissen Suurheid) zu suchen.

Mit Macht und Härte wird auf Gegenargumente reagiert:

- Am 10.12.15 hat die Bürgerschaft **Bürgschaften in Höhe von 970 Mrd. €** für den Bau der Großsiedlungen verabschiedet
- Mit einem Zusatzantrag, der ebenfalls am 09./10.12. in die Bürgerschaft eingebracht wurde (die Opposition wurde am Vorabend via Twitter darüber in Kenntnis gesetzt!), soll das Baurecht derart verändert werden, dass Flüchtlingsunterkünfte zukünftig auch **ohne Baugenehmigung gebaut** werden können (s. Blogbeitrag vom 9.12.). Der Antrag ist zur Diskussion im Stadtentwicklungsausschuss auf den 8.1.16 vertagt.
- Senatorin, Melanie Leonhard (BSW) lehnt Diskussionen mit Bürgerinitiativen über Alternativvorschläge ab. Sie werde **bis vor die letzte Gerichtsinstanz ziehen**, so Leonhard. „Sie müsse das so machen, wenn sie es ernst meine mit der stadtweiten Verteilung von Flüchtlingen“ (s. Pressespiegel v. 28.12.15, Melanie Leonhard gefährdet die Integration)
- **Bürgerbeteiligung** könne nicht in der Frage des „Ob“ und der Größenordnung der Flüchtlingsunterkunft stattfinden, sondern **ausschließlich in der Frage des „Wie“**, so Flüchtlingskoordinator Anselm Sprandel und SPD-Fraktionschef Andreas Dressel (s. gleicher Bericht vom 28.12.)
Dies betonte auch Bezirksamtsleiterin Dr. Melzer auf dem ersten „Forum Flüchtlingshilfe“ am 18.12.15 in der Fischauktionshalle, das sich vorwiegend an ehrenamtlich engagierte Bürger wendete: „Der Bezirk/ die Stadt stellt die Grundversorgung zur Verfügung (Unterkünfte, finanzielle Mittel, Betreibergesellschaft), die eigentliche **Integrationsarbeit („das Herzstück der Integration“)** obliegt den **Bürgern der Stadtteile**“.

Um sicherzustellen, dass die Bürger sich des „Wie“ auch wirklich annehmen – ohne deren ehrenamtliches Engagement die Mammutaufgabe der Integrationsarbeit nämlich gar nicht zu leisten ist – hat VIN Rissen bzw. der Arbeitskreis Integration der Rissener Runde im Januarverlauf diverse Gesprächs-

Neujahrsgrußbotschaft

www.vin-rissen.de

einladungen von Seiten des Bezirks (Dr. Melzer), der Behörden (Sozialsenatorin Melanie Leonhard) und der Politik (Dr. Dressel (SPD)/ Dr. Tjarks (Die Grünen) erhalten. Für VIN Rissen steht jedoch fest, das „Wie“ der Integration ist untrennbar mit einer akzeptablen Größenordnung der Flüchtlingsunterbringung verbunden. Eine verfehlte Planung kann nicht über Jahre auf dem Rücken der Bürger abgeladen werden.

- So, und wer sich bisher der Illusion hingab, dass das Alternativkonzept des Bezirks Altona mit einer Reduzierung von 800 auf 600 Wohneinheiten (davon 400 für Flüchtlinge, also „nur“ 2.000 statt 4.000 Flüchtlinge am Standort Suurheid) im Senat Beachtung findet und zur Umsetzung kommt, der wird spätestens seit dem gestern auf unserem Blog veröffentlichten Brief **der Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt (BSW)** eines Besseren belehrt. Aus dem Brief geht klar her, dass **der Senat am Standort Suurheid den Bau von bis zu 800 WE vorantreibt**. Aus den Oppositionsparteien liegt uns parallel die Information vor, dass bis Ende Dez. kein Antrag in der Bürgerschaft vorliegt betreffend der Umsetzung eines „Internationalen Quartiers“ in Rissen. Damit entpuppt sich das „Internationale Quartier“ als Wunschdenken auf Bezirksebene, das von den Regierenden anscheinend überhaupt nicht als Option wahrgenommen wird.

Dass das Wohnungsbauprogramm des Senats mit 5.600 Sozialwohnungen für Flüchtlinge innerhalb von ein bis zwei Jahren (800 Wohneinheiten pro Bezirk) „alternativlos“ sei, wurde durch die Regierungsparteien immer wieder betont. Man habe bis Ende 2016 rd. 80.000 Flüchtlinge in Hamburg aufzunehmen und müsse Folgeunterkünfte bauen, um Flüchtlinge aus Zelten und Baumärkten in feste Unterkünfte verlagern zu können. Über eine menschenwürdige Unterbringung besteht sicherlich ein gesellschaftlicher Konsens.

- Doch stellt sich die Frage, ob die **Zahl 80.000 nach wie vor haltbar** ist? Prognosen des DIW (Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung) und SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) gehen für 2016 von rückläufigen Flüchtlingszahlen aus. Schätzungen reichen von rd. 500.000- 700.000 Flüchtlingen für 2016 in Deutschland. Laut Königsteiner Schlüssel wären das max. 17.500 Flüchtlinge (2,5%) für Hamburg. Nicht alle dürfen bleiben! Bis Ende Nov. 2015 haben sich rd. 55.000 Flüchtlinge in Hamburg schutzsuchend gemeldet. Ein nicht geringer Teil davon hatte sich bereits in einem anderen Bundesland gemeldet. Bis zur Registrierung bei der BIS (Behörde für Inneres und Sport) vergehen oft Monate, in denen Schutzsuchende in Hamburg bleiben dürfen. Erst nach der Registrierung ist klar, wer in Hamburg bleiben darf oder nach Königsteiner Schlüssel auf die anderen Bundesländer verteilt wird. In 2015 verblieben ca. 23.000 Flüchtlinge in Hamburg. Von diesen hatten bis Ende Nov. 2015 erst rd. 11.000 einen Asylantrag bei der BAMF gestellt. Die Anerkennungsquote lag 2015 bei unter 50%. (Quelle: Statistiken der BAMF)
- Also stellt sich die nächste Frage, ob das großangelegte Wohnungsbauprogramm für Flüchtlinge in Wirklichkeit nicht ein **großes, soziales Wohnungsbauprogramm der rot/grünen Regierung** ist, das **die Flüchtlingssituation** und die damit einhergehenden **Ausnahmeregelungen ausnutzt** (Umgehung der Mitbestimmung der Bürger im Baurecht, doppelt so hohe Wohndichte wie regulär, Zugriff auf Flächen, die für Wohnungsbau normalerweise tabu sind, s. Pressespiegel v. 30.12.), um Fakten zu schaffen, die normalerweise in dieser Schnelligkeit, Dichte und ohne Bürgerbeteiligung so nicht geschaffen werden könnten.

Neujahrsgrußbotschaft

www.vin-rissen.de

VIN Rissen wird auch 2016 weiter daran arbeiten Missstände aufzudecken, Zahlen und Fakten zu hinterfragen, den Diskurs mit der Regierung/ der Politik suchen, die Vernetzung mit den anderen Bürgerinitiativen vorantreiben, den Klageweg vorbereiten und für das Ziel kämpfen, in Rissen eine verträgliche, den Stadtteil nicht überfordernde Flüchtlingslösung mit bestmöglichen Integrationschancen durchzusetzen.

Lassen auch Sie nicht nach in Ihrer Unterstützung. Wir brauchen Sie, denn nur gemeinsam sind wir stark!

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien ein friedliches und energiegeladenes Jahr 2016!

Herzlichst

Ihr VIN Rissen-Team